Baltic Environmental Forum
BEF

jahresbericht

2016

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Bild zeigt ein Mikroplastikteilchen, welches in der Chespeake-Bay im Rahmen des National Oceanic and Atmospheric Association Marine Debris Program 2011 gefunden wurde. Mit dem Thema Mikropastik im Meer beschäftigt sich u.a. unser Projekt ResponSEAble (Seite 14).

inhalt

transparenz - seite 22

nachhaltige mobilität - seite 20

energie & klimawandel - seite 6

naturschutz & biodiversität - seite 10

wassermanagement & meeresumwelt - seite 14

chemikalien & gesundheit - seite 16

Impressum:
Baltic Environmental Forum Deutschland e.V.
Stand: Mai 2017
Osterstraße 58
20259 Hamburg
www.bef-de.org

Graphische Gestaltung: Matthias Grätz
Bild Cover: U.S. Fish and Wildlife Service (www.flickr.com/photos/usfwshq/8080500982/)
Bild Inhaltsverzeichnis: University of Maryland-College Park (www.flickr.com/photos/29388462@N06/17000669205)

vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es herrscht dicke Luft! Das Jahr 2016 war geprägt von vielen Schlagzeilen, die uns Kopfzerbrechen bereiten. Insbesondere gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa und Übersee dominieren das Tagesgeschehen. Gefühlen und Stimmungen werden dabei oft mehr Aufmerksamkeit geschenkt als Fakten. Einfache Lösungen sollen für komplexe Zusammenhänge herhalten. Dabei sind gerade ökologische Zusammenhänge komplex und vielschichtig und nur in Zusammenarbeit vieler Akteure effektiv zu bearbeiten. Das internationale Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz ist sicherlich ein gutes Beispiel hierfür. Dem nach zähem Ringen geschlossenen Abkommen müssen nun Taten aller Unterzeichnerstaaten folgen– Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels passieren nicht von selbst. Dazu werden nicht nur entsprechende Finanzierungsmechanismen benötigt, sondern es muss auch weiterhin erklärt werden, warum Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsmaßnahmen nicht nur notwendig sind, sondern sich in aller Regel langfristig auch rechnen, also wirtschaftlich sinnvoll sind, wenn man die Folgekosten des Nichtstuns dagegen hält. In den Projekten STRONG-COM und EnPeBel befassen wir uns mit Klimaschutz- und Anpassungsthemen.

Obwohl Umweltthemen seit den siebziger Jahren aus dem politischen Geschehen nicht mehr wegzudenken sind, stehen umweltpolitische Maßnahmen weiterhin unter Rechtfertigungsdruck. Langfristige Ziele der nachhaltigen Entwicklung drohen angesichts der oft aufgeheizten, populistischen Debatten zu tagespolitischen Themen im Moment im medialen Rauschen unterzugehen. Dabei sind auch die altbekannten Umweltprobleme alles andere als gelöst: Die Luftbelastung durch Stickoxide und Feinstaub ist weiterhin ein Problem, unser Grundwasser ist in vielen Teilen Deutschlands durch Nitrate bedroht, die Bodenversiegelung und der Flächenverbrauch schreiten weiter fort, die Vermüllung der Weltmeere nimmt bedenklich zu. Im Projekt ResponSEAble beschäftigen wir uns unter anderem mit der Frage, warum es eigentlich so schwierig ist, effektiven Meeresschutz zu betreiben, wo doch die Probleme und oft auch Lösungsstrategien bekannt sind.

Doch im Jahr 2016 bewegten uns nicht nur die „klassischen“ Umweltprobleme. So beschäftigen wir uns beispielsweise seit 2016 mit dem Problem der gefährlichen Stoffe aus Kleinstquellen, dazu zählen Haushalte, kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch kommunale Unternehmen und Liegenschaften. Diese gefährlichen Stoffe stammen überwiegend aus Reinigungsmitteln, Kosmetika und Kunststoffartikeln. Mehr dazu können Sie im Kapitel Chemikalienmanagement lesen.

Matthias Grätz
Für den Vorstand

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Bild zeigt Paris an einem Smogtag. Die Luftqualität in vielen europäischen Großstädten ist so schlecht, dass insbesondere Grenzwerte für Stickstoffdioxid regelmäßig überschritten werden.

Bild: Damián Bakarcic (https://www.flickr.com/photos/dbakr/9478479785/)

energie & klimawandel

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Foto zeigt Mogilev, eine der Städte in Weißrussland, die dem Bürgermeister-konvent für Energie und Klima beigetreten sind. Mit dem Beitritt verpflichtet sich Mogilev zu einer Reduktion der CO2-Emissionen um mindestens 40% bis 2030. Darüber hinaus muss die Stadt in den kommenden Jahren Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel entwicklen, um sich gegen eventuelle Auswirkungen des Klimawandels zu wappnen.

Bild: Ilya (www.flickr.com/photos/dobrych/5644284681/)

EnPeBel

Das Projekt EnPeBel (Evaluation of energy performance of pilot buildings in Belarus) wurde 2016 abgeschlossen. Kernfrage des Projektes war, warum der tatsächliche Energieverbrauch von sowohl Neubauten als auch von renovierten mehrstöckigen Wohngebäuden in Weißrussland von den im Vorfeld berechneten Werten zum Teil erheblich abweicht. Nach eingehender Analyse der Planungsunterlagen, Nachberechnungen der zu erwartenden Energieverbräuche, Vor-Ort-Messungen und Befragungen der Bewohner, konnten die Hauptprobleme identifiziert werden.

Geldgeber: GIZ

Laufzeit: 05/2015 - 10/2016

Kontakt Heidrun Fammler

Die Berechnung und Analyse der Planungsdokumente legte offen, dass die offiziellen Annahmen zur Innentemperatur, Belegungsdichte und Infiltration nicht mit den realen Verhältnissen überein stimmen. Die Befragung und Besichtigungen der Wohnungen offenbarten, dass insbesondere die Innenraumtemperatur der Wohnungen mit fast 23 Grad wesentlich höher war, als angenommen. Darüber hinaus ergab die Befragung, dass mehr als ein Drittel der Bewohner beim Verlassen der Wohnung die Heizkörper nicht herunterregelt.
Ein weiterer Aspekt, der näher im Projekt untersucht wurde, waren Wärmebrücken. Bei der Untersuchung der Planungsunterlagen war festgestellt worden, dass die Hülle, die den beheizten Bereich umschließen sollte, möglicherweise Lücken aufweist. Während der Vorortbegutachtung wurden die kritischen Bereiche im Übergang zwischen beheizten und unbeheizten Zonen in den Wohnungen, zu denen Zutritt gewährt wurde, untersucht. Die mit einem speziellen Messgerät ermittelten Oberflächentemperaturen der Wände schwankten beträchtlich – es wurden Werte zwischen 2 und 22 Grad gemessen.

Die Unterschiedlichkeit der Oberflächentemperaturen wurde als Hinweis auf mangelnde Ausführungsqualität beim Fenstereinbau gewertet. Aus Erfahrung ist es weniger wahrscheinlich, dass bei Fenstern, die in den jeweiligen Gebäuden alle gleichzeitig eingebaut wurden, so unsystematisch abweichende Qualitäten (z.B. von Rahmen) zu finden sind.

Die Vermutung eines zumindest unsorgfältigen Einbaus wurde durch augenscheinliche Fehlstellen, z. B. herausquellender PU-Schaum, untermauert. Probleme beim Fenstereinbau könnten bedeuten, dass es keine sorgfältige Planung, Ausführung oder Überwachung gab.
Der Grundtenor der Gebäudeanalyse ist, dass sich viele kleine Fehler in der Summe deutlich auf die Energieeffizienz auswirken. Jedes der identifizierten Probleme ist zwar für sich allein eine Ursache für erhöhten Energieverbrauch im Vergleich zur Planung, aber erst das Zusammenspiel aus den folgenden drei Faktoren:

• Wärmebrücken an den Fenstern durch mangelhaften Einbau der Fenster,
• falsche Annahmen der Innenraumtemperatur und Belegung bei der Berechnung des Energieverbrauchs der Wohngebäude in der Entwurfsphase, und
• unzureichende Regulierung der Innenraumtemperatur durch die Bewohner ergibt in der Summe den deutlichen Unterschied zwischen berechneten und beobachteten Energieverbrauchswerten.

Abschließend wurde eine kurze Zusammenfassung der Erkenntnisse mit Empfehlungen für weitere Schritte erstellt, die dem weißrussischen Ministerium für Wohnungsbau und kommunale Dienste als Adressat der Beratung übergeben wurde.

Geldgeber: EU

Laufzeit: 05/2016 - 03/2020

Kontakt Matthias Grätz

STRONG COM

Der Bürgermeisterkonvent ist eine Selbstverpflichtung von Städten und Gemeinden ihre CO2-Emissionen um 40% bis zum Jahr 2030 zu reduzieren und gleichzeitig ein integriertes Konzept zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Mehr als 6500 Städte in der Europäischen Union und darüber hinaus haben bereits den Bürgermeisterkonvent unterzeichnet und sich so zu engagierten Klimaschutzzielen auf lokaler Ebene bekannt, die oft über die geforderten nationalen Ziele hinausgehen. Das Projekt STRONG COM setzt sich zum Ziel, das Instrument des Bürgermeisterkonvents in Weißrussland zu unterstützen, da dort bisher nur wenige Gemeinden den Konvent unterzeichnet haben. Ein Element des Projektes ist es, den Bürgermeisterkonvent in Weißrussland überhaupt bekannter zu machen und Städte davon zu überzeugen, dieses Instrument zu nutzen.

Allerdings ist die Unterschrift unter den Bürgermeisterkonvent nur der erste Schritt. Nach der Unterschrift ist zunächst eine Bestandsaufnahme der Gemeinde notwendig. Dazu muss ein sogenanntes Referenz-Emissionsinventar entwickelt, sowie eine Risiko- und Vulnerabilitätsbewertung vorgenommen werden. Anschließend wird ein Aktionsplan erarbeitet. Diese ersten Schritte sind durchaus herausfordernd. Obwohl es eine Vorlage gibt, anhand der das Referenz-Emissionsinventar erstellt werden kann, sind dazu viele

Daten notwendig, die oft nicht in der gewünschten Form vorliegen oder einfach zugänglich sind. Die Risiko- und Vulnerabilitätsbewertung ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Erarbeitung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auch hier stehen viele Gemeinden erstmals vor der Aufgabe, eine solche Bewertung vorzunehmen. Eine Beratung und Begleitung dieses Prozesses ist ein weiterer Schwerpunkt des STRONG COM Projekts. Um dies sicherzustellen, werden im Laufe des Projektes verschiedene Trainings für Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen, die die Gemeinden unterstützen sollen, angeboten. BEF Deutschland wird hier einen Beitrag leisten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer direkten Beratung durch die weißrussische, projektleitende Organisation Ecopartnership. Ausgewählte Gemeinden sollen darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, an einer Studienreise nach Deutschland – organisiert von BEF Deutschland – teilzunehmen, um dort gute Beispiele aus den Bereichen Klimaschutz und Anpassung kennenzulernen und mit Vertretern aus Kommunen und der Wirtschaft zu diskutieren.

Ergänzt werden diese Aktivitäten um verschiedene Infoveranstaltungen in Weißrussland und die Entwicklung von Infomaterialien. BEF Deutschland wird zu diesem Informationsangebot beitragen, indem wir eine Broschüre mit beispielhaften Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen entwickeln.

naturschutz & biodiversität

Die Geschichte hinter dem Bild: Waschbären sind seit den 1930er Jahren auch in Deutschland anzutreffen und stellen möglicherweise eine Bedrohung für stark gefährdete Vogelarten dar. In einigen Gebieten stellt sich daher die Frage, ob der Waschbär bejagt werden sollte. Dem Thema Prädatorenkontrolle widmet sich das Projekt Akzeptanz und Good Governance der Prädatorenkontrolle (Seite 12).

Bild: David Slater (www.flickr.com/photos/davrozs/2919003502/)

LIFE Wiesen-vögel

Durch eine immer weiter ansteigende Intensivierung der Landwirtschaft und die damit verbundene Störung der ökologischen Dynamik, nimmt der Rückgang von geeigneten Lebensräumen zahlreiche gefährdeter Wiesenbrüter in Deutschland weiter zu. Das LIFE+ Natur Projekt „Wiesenvögel“ sichert die Kernflächen der verbliebenen Wiesenvogelschutzgebiete in Niedersachsen. In insgesamt 12 Projektgebieten werden zusammen mit Landwirten und anderen Grünlandflächen extensiviert und wiedervernässt, um Brutbedingungen für Wiesenvögel zu schaffen. Auf den ostfriesischen Inseln Borkum und Langeoog werden Maßnahmen zur Kontrolle von Prädatoren diskutiert und umgesetzt. Das Ziel des Projekts ist den Bruterfolg der Wiesenvögel zu steigern und Gebiete in Populationsquellen umzuwandeln.
Wir koordinieren die Öffentlichkeitsarbeit des Projekts und organisieren Runde Tische auf Borkum und Langeoog, um eine offene Diskussion zwischen den Interessensträgern zu stärken. Im Rahmen einer prozessbegleitenden Erhebung, untersuchen wir außerdem die Akzeptanz und Zusammenarbeit lokaler Gruppen und Behörden auf beiden Inseln.

Geldgeber: EU

Laufzeit: 11/2011 - 10/2020

Kontakt Martin Krekeler

Bereits 2013 haben wir viele Gespräche mit Interessensvertretern auf den beiden Inseln geführt, um uns ein Bild zu machen und den Projektpartnern praktikable Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit vor Ort zu geben. Im Sommer 2015 haben wir unsere Erfahrungen auf einem internationalen Seminar mit Naturschützern aus ganz Europa diskutiert.

Da sowohl bei den Interviews als auch beim Seminar immer wieder deutlich wurde, wie sehr die jeweilige institutionelle Betreuung von Schutzgebieten Einfluss auf den Handlungsspielraum aller Akteure nimmt, war es naheliegend diesen Faden weiterzuverfolgen. Deswegen konzentrierten wir uns bei der zweiten im Projekt vorgesehenen Runde von Interviews auf diejenigen behördlichen Vertreter aus Gemeinden, Landkreisen und Landesbehörden, die einen Einfluss auf die Umsetzung der Naturschutzmaßnahmen vor Ort nehmen können.

Es wurde deutlich, dass alle Vertreter ein klares Bild ihrer Befugnisse und Kompetenzen im Rahmen der Umsetzung des behördlichen Naturschutzes haben, insgesamt aber wenig Handlungsspielraum für eine offene Diskussion über die eigentlichen Naturschutzziele sehen. Der wichtigste Faktor für eine kontinuierliche Diskussion mit Bürgern ist die lokale Verwurzelung des Naturschutzes. Um das mit anderen Gebieten außerhalb des Nationalparks zu vergleichen, haben wir weiterhin Gespräche in fünf anderen Gebieten geführt. Dabei ließ sich feststellen, dass tatsächlich gerade die lokale

Verankerung ein wichtiger Faktor für das Entstehen von Akzeptanz ist. Institutionell wird diese Verankerung ganz verschieden und mit unterschiedlichem Erfolg realisiert. Während in manchen Gebieten lokale Naturschutzverbände in das Management und die Kommunikation der Naturschutzziele involviert werden, übernehmen woanders die Kreise selbst diese Aufgabe. Lokale Bündnisse wie in Schleswig-Holstein ermöglichen es Interessierten und Betroffenen sich unmittelbar in die Diskussion einzubringen.

Die Erfahrungen der zweiten Interviewrunde werden in den weiteren Arbeitsprozess und auch in einen separaten Bericht einfließen.

Geldgeber: DBU

Laufzeit: 12/2014 - 06/2017

Kontakt Martin Krekeler

Akzeptanz und good governace

Im Jahr 2016 standen beim Projekt "Akzeptanz und Good Governance der Prädatorenkontrolle" Interviews mit Akteuren im Mittelpunkt, die eine wichtige Rolle im lokalen Naturschutz der Zielgebiete spielen. In dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projekt geht es darum herauszufinden, unter welchen Bedingungen Prädatorenkontrolle langfristig effektiv durchgeführt werden kann. Dabei stehen nicht nur die ökologischen Rahmenbedingungen im Fokus, sondern auch die administrativen Zusammenhänge, die sozio-kulturellen Aspekte und das Wissen der jeweils beteiligten Akteure. All diese Faktoren definieren den Handlungs- und Entscheidungsspielraum des lokalen Naturschutzes und müssen bedacht werden, wenn man darüber nachdenkt, Prädatorenkontrolle als Maßnahme des Artenschutzes umzusetzen. Im Fall des hier dargestellten Projektes geht es um den Schutz bedrohter Wiesenvögel wie Uferschnepfe, Großer Brachvogel oder der Großtrappe.

Naturschutz bedient sich bei der Prädatorenkontrolle jagdlicher Maßnahmen. Das bedeutet in den meisten Fällen, dass man auch mit Jägern zusammenarbeiten muss. Hier stellt sich die Frage nach der Motivation: wie kann ich die örtlichen Revierpächter dazu veranlassen, im Sinne des Naturschutzes zu handeln und verstärkt Jagd auf Prädatoren zu machen? Ein entscheidender Punkt ist beispielsweise die lokale Jagdtradition: In Niederwildrevieren spielt

die Jagd auf Prädatoren wie Fuchs und Marder von je her eine wichtige Rolle. Schließlich konkurrieren Jäger und Prädatoren hier zumindest teilweise um die gleiche Beute, bspw. Hase und Fasan. Die Jäger sind hier also daran interessiert, die Prädatorendichte zu vermindern. Dies kommt dann auch den eventuell vorkommenden Wiesenvögeln zu Gute. In anderen Gebieten müssen den Jägern vielleicht besondere Anreize gegeben werden, um bei der Bejagung von Prädatoren aktiv zu werden. Mittlerweile stellt der behördliche Naturschutz den Jägern zum Beispiel Fallen zur Verfügung. Die Unterstützung der örtlichen Revierpächter durch einen Berufsjäger, der, angestellt im Auftrag des Naturschutzes, berät und koordiniert ist eine andere, kostspieligere Möglichkeit.

Eine besondere Herausforderung kann die Kommunikation der Prädatorenkontrolle sein. Besonders Tierschützer, aber auch einige Naturschutzverbände halten das Töten von Tieren zum Zwecke des Artenschutzes für nicht vertretbar. Diesem Konflikt liegen unterschiedliche Zielsetzungen im Naturschutz sowie in einigen Fällen ein grundlegend divergierendes Naturverständnis zu Grunde. Die Frage ist, ob etwa die Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes für ein Schutzgebiet die Grundlage für einen Konsens liefern kann, oder ob eine Verständigung von den Beteiligten als unmöglich erachtet wird. Entsprechend unterschiedlich müssten die für die Prädatorenkontrolle Verantwortlichen die jeweilige Kommunikation gestalten. Die administrativen Bedingungen schränken den Handlungsspielraum der lokalen Akteure allerdings ein: Über die zu schützenden Arten, die Abgrenzung der Schutzgebiete und teilweise auch über die Maßnahmen zum Artenschutz wird auf europäischer, nationaler oder auf Bundesländer-Ebene entschieden. Für eine weitreichende Einbeziehung der Prioritäten lokaler Akteure fehlt hier schlicht der geeignete Rahmen.

Trotzdem kann eine Verständigung und das Werben für Akzeptanz gelingen – insbesonders, wenn es bereits partizipative Formate auf der lokalen Ebene gibt. Einige Regionen verfügen über eine beträchtliche Menge Sozialkapital in Form von Vertrauen und etablierten Beziehungen, bspw. zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Jägerschaft. Tauchen bestimmte Thematiken wie Prädatorenkontrolle neu in der (fach-)öffentlichen Diskussion auf, kann auf diese Strukturen zurückgegriffen werden.

Diese und viele weitere Erkenntnisse werden 2017 in einem Seminar mit Vertretern des behördlichen Naturschutzes aus den Zielgebieten des Projektes in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf einem Seminar diskutiert werden. Die Ergebnisse des Seminars werden zusammen mit der Auswertung der Interviews in einen Leitfaden zur Good Governance von Prädatorenkontrolle einfließen.

wassermanagement & meeresumwelt

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Bild zeigt Fische im Fischereinetz. Der Bestand vieler Fischarten ist durch Überfischung bedroht. Ca 30% der Fischbestände gelten mittlerweile als überfischt. Erschwerend hinzukommt, dass in vielen Meeren die illegale Fischerei einen signifikaten Anteil der globalen Fischfänge ausmacht.

Bild: Derek Keats (www.flickr.com/photos/dkeats/5645778206)

Respon-SEAble

Seit April 2015 arbeiten wir mit im EU geförderten Projekt “ResponSEAble” – mit vollem Namen: “protecting the ocean: our collective responsibility, our common interest – supporting the development of cost-effective ocean literacy in Europe”. BEF Deutschland ist einer von 15 Partnern in einem Konsortium aus Wissenschaftsinstitutionen, Consultingfirmen und Verbänden aus so vielfältigen Fachrichtungen wie Meeresbiologie & Meereskunde, Umweltpolitik, Ökonomie, IT und Medienkunde. Es sind aber auch Produzenten von umweltthematischen Dokumentationen und Künstler sind dabei.

Geldgeber: EU

Laufzeit: 04/2015 - 03/2019

Kontakt Heidrun Fammler

Das Ziel des Projektes ist es, das Wissen um die Beziehungen und Wechselwirkungen von Mensch und Ozean von verschiedenen Seiten zu beleuchten, und Ansatzpunkte auszumachen, um Wirtschaft und Gesellschaft darin zu unterstützen, nachhaltiger mit den Meeren umzugehen als bisher. Das gilt besonders im Hinblick auf die Sektoren des sogenannten „Blauen Wachstums“: innovative marine und maritime Wirtschaftszweige. Das Konzept des Projekts fußt auf drei Säulen: (1) Welches Wissen ist für einen nachhaltigen Umgang mit den Meeren nötig, (2) wer muss dieses Wissen haben, und (3) wie kann das nötige Wissen kommuniziert werden.

Im vergangenen Jahr haben wir uns eingehend mit diesen Fragen beschäftigt. Um vorhandenes Wissen zu strukturieren, wurde ein Rahmen aufgestellt, der es uns erlaubte nicht nur ökologische Herausforderungen darzustellen, sondern auch die damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten und Potentiale, relevante Akteure der Wirtschaft und anderer gesellschaftlicher Sektoren, und mögliche Reaktionsmöglichkeiten auf diese Herausforderungen zu finden. Dieser Rahmen wurde auf sechs Fallbeispiele angewendet, um die Wissensgrundlage zusammenzustellen. In einem weiteren Schritt wurden die wirtschaftlichen Akteure dahingehend untersucht, ob bei ihnen ein Potential für eine nachhaltige Verhaltensänderung besteht. In den Fällen, in denen das der Fall zu sein scheint, wurden die wichtigsten Kommunikationskanäle und bereits vorhandene Informationen genauer betrachtet.

Das Baltic Environmental Forum hat dabei nicht nur die Untersuchung der Informationskanäle koordiniert, sondern auch die Arbeit am Fallbeispiel „Landwirtschaft und Eutrophierung“ in der Ostseeregion angeleitet. Die anderen Fallbeispiele des Projekts sind „Kosmetik und Mikroplastik“, „Küstentourismus“, „Nachhaltige Fischerei“, „Ballast Wasser und invasive Arten“, sowie „Marine erneuerbare Energien“. Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte werden wir im kommenden Jahr mit Akteuren in den jeweiligen Regionen auf entsprechenden Seminaren diskutieren, bevor wir auf ihrer Grundlage eigene, innovative Informationsmaterialien erstellen werden.

chemikalien & gesundheit

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Foto zeigt Plastikspielzeug, welches oft mit allerlei unerwünschten Stoffen versetzt ist, unter anderem Weichmachern, die hormonell wirksam sein können. Insbesondere Spielzeug, welches vor 2009 produziert wurde, ist oft mit Stoffen belastet, die in der EU mittlerweile verboten sind oder deren Nutzung stark eingeschränkt wurde.

Bild: Tiffany Terry (www.flickr.com/photos/35168673@N03/3592889013)

NonHaz City

Mit einem zweitägigen Kick-Off-Meeting in Stockholm startete im März 2016 das Interreg Baltic Sea Region-Projekt "NonHazCity – Innovative management solutions for minimizing emissions of hazardous substances from urban areas in the Baltic Sea area". Hier werden Auftreten, Menge und Herkunft gefährlicher Chemikalien im Abwassernetz der beteiligten Kommunen bestimmt. Aufbauend auf diesen Ergebnissen werden die Zielgruppen kommunale Eigenbetriebe, KMUs und private Haushalte angesprochen und durch Kampagnen informiert. In Pilotaktionen wird zusammen mit Vertretern der Zielgruppen versucht, Produkte, die gefährliche Chemikalien enthalten, zu vermeiden bzw. zu ersetzen. Die Pilotaktionen werden auf ihre Massentauglichkeit hin ausgewertet und fließen zusammen mit den Erkenntnissen zum Vorkommen der gefährlichen Chemikalien in kommunale Maßnahmenpläne ein. Die Stadt Stockholm leitet das Projekt, die Städte Riga (LV), Danzig (PL), Pärnu (EE), Västerås (SV), Turku (FI) und die litauischen Gemeindedistrikte Kaunas und Šilalė sind ebenfalls im Projekt vertreten. Die Stadt Hamburg ist assoziierter Partner im Projekt.

Die Diskussion um gefährliche Chemikalien im Abwasser ist alles andere als neu. Seit Jahrzehnten bemühen sich Naturschützer und staatliche Akteure um eine Reduzierung der Emissionen. Diese Anstrengungen waren nicht umsonst: besonders die industriellen Einleitungen konnten deutlich vermindert werden. Hier war von Vorteil, dass die Emissionsmenge zwar groß, die Zahl der Verursacher aber überschaubar war. Schwieriger ist es bei kleinen Emittenten, die gefährliche Stoffe in großer Zahl in die Kanalisation einleiten. Für sich genommen, ist jede dieser Emissionen unerheblich und berührt daher auch keine eventuell existierenden Grenzwerte. In ihrer Summe sind die Emissionen allerdings bedeutsam. Bei einigen Stoffen machen sie mehr als die Hälfte der gesamten Emissionen aus. Dies ist besonders bei Substanzen der Fall, die in alltäglichen Artikeln und Produkten zum Einsatz kommen und die deshalb in jedem privaten Haushalt, aber auch in kleinen und mittleren Unternehmen, Schulen, Kindergärten und Büros zum Einsatz kommen. Die Rede ist beispielsweise von Phthalaten oder Bisphenol A, die in Kunststoffprodukten verwendet werden oder perfluorierte Stoffe, die sowohl für die wasserabweisenden Eigenschaften von Kleidung als auch für die schmutzabweisenden Qualitäten von Anti-Haft-Geschirr verantwortlich sind. Auch Reinigungsmittel, Farben und Lacke, oder Pflegeprodukte können gefährliche Stoffe enthalten.

Das BEF-Projektteam untersucht nun, wie die oben genannten Zielgruppen auch in Hamburg erreicht werden können. Dazu wurde recherchiert, welche Kampagnen zum Thema bereits durchgeführt wurden, d. h. auf welches Material man zurückgreifen kann

Geldgeber: EU

Laufzeit: 03/2016 - 02/2019

Kontakt Heidrun Fammler

und wie der Wissensstand zum Thema bei privaten Haushalten ist. Entscheidend ist die Vernetzung mit anderen Akteuren. So wurde bereits Kontakt mit Hamburg Wasser aufgenommen, um gemeinsame Aktivitäten im Rahmen einer an die Privathaushalte gerichteten Kampagne zu planen. Eine Recherche der kommunalen Akteure widmete sich vor allen Dingen der öffentlichen Beschaffung. Der Stadt als großer Verbraucher und Einkäufer der im Fokus stehenden Produkte sowie als Vorbild für andere Akteure kommt im Projekt eine besondere Rolle zu. Als Ansatzpunkt bietet sich der im Januar 2016 beschlossene Umweltleitfaden für die öffentliche Beschaffung an. Mittelfristig könnten Maßgaben zur Beschaffung von Produkten mit gefährlichen Stoffen explizit in den Umweltleitfaden mit aufgenommen werden. BEF hat hierzu bereits erste Kontakte mit der verantwortlichen Präsidialabteilung der Hamburger Behörde für Umwelt und Energie (BUE) geknüpft.

Um die Emissionen gefährlicher Stoffe langfristig zu senken, lohnt sich ein Blick auf bestehende gute Praxisbeispiele. So zeigt eine erste Befragung Hamburger KMU, dass diese Unternehmen meist nicht über Nacht zu Vorreitern in Sachen Umweltschutz werden. Meist wird mit einer Maßnahme, die als zentral erachtet wird, begonnen, beispielsweise dem Energiesparen. Ist das generelle Bewusstsein für die Umweltauswirkungen des eigenen unternehmerischen Handelns erst einmal geweckt, folgen oft weitere Maßnahmen. Entsprechend zeigen sich diese Unternehmen auch offener für Fragen des Umgangs mit gefährlichen Stoffen als andere Firmen. Bei privaten Haushalten geben bestehende Untersuchungen zum nachhaltigen Konsum Aufschluss über Faktoren, die eine Kampagne zur Reduzierung gefährlicher Stoffe beachten muss. So ist der Kauf vieler im Fokus des Projekts stehender Produkte (z. B. Reinigungmittel, Kosmetika etc.) eine stark durch Routinen geprägte Handlung, nicht jeder Einkauf wird neu reflektiert und bewertet. Eine an private Konsumenten gerichtete Kampagne muss also entweder i) Anlass bieten, Routinen aufzubrechen, ii) an Lebenssituationen ansetzen, die sowieso durch eine Neubewertung der Lebensumstände gekennzeichnet sind, (beispielsweise das Kinderkriegen oder der Wechsel des Wohnortes und ein damit einhergehender Wechsel des Konsumverhaltens) oder sich im Gegenteil iii) Routinen zu Nutze machen und Botschaften formulieren, die sich gut in bereits bestehende Verhaltensmuster integrieren lassen.

Hierauf werden die Kampagnen aufsetzen, die in den Jahren 2017 und 2018 durchgeführt werden sollen.

LIFE AskReach

Im Auftrag des Umweltbundesamts koordinierte das Baltic Environmental Forum die Erstellung eines Projektvorschlags an das LIFE-Programm der Europäischen Union zum Thema gefährliche Stoffe. Ziel des Projektes soll es sein, eine Smartphone-App zu programmieren, die eine Anfragemöglichkeit zu Inhaltsstoffen in Produkten bietet. Die Bevölkerung der EU soll so angeregt werden, REACH-Anfragen zu stellen. Laut Artikel 33 der EU-Chemikalienverordnung REACH können Verbraucherinnen und Verbraucher bei Lieferanten von Erzeugnissen anfragen, ob in diesen Erzeugnissen besonders besorgniserregende Stoffe nach Artikel 57 der Verordnung REACH enthalten sind. Dabei sind die Lieferanten verpflichtet, innerhalb von 45 Tagen kostenfrei auf eine solche Anfrage zu antworten, sollte ein besonders besorgniserregender Stoff im Produkt enthalten sein.

Im Zuge der Antragserstellung konnten wir nicht nur seine Kompetenz im Umgang mit EU Förderprogrammen einbringen, sondern auch unsere langjährige Projektarbeit und Erfahrung im Themenfeld Chemikalienpolitik und Management gefährlicher Stoffe unter Beweis stellen. Dank unseres Einsatzes konnte so ein europaweit agierendes, äußerst fachkompetentes Konsortium für das Projekt zusammengestellt werden, das ab 2017 wesentlich zur Umsetzung der EU Chemikalienpolitik beitragen wird. Der Projektantrag wurde positiv beschieden und das Projekt LIFE AskReach wird im Herbst 2017 beginnen.

Geldgeber: UBA

Laufzeit: 05/2016 - Frühj. 2017

Kontakt Heidrun Fammler

nachhaltige mobilität

Die Geschichte hinter dem Bild: Das Bild zeit die 2002 neu eingeweihte Straßenbahn von Bilbao und steht sinnbildlich für den einsetzenden Sinneswandel in der Verkehrspolitik: Von der Maxime Individualverkehr hin zu intermodalen, umweltfreundlichen Angeboten.

Bild: www.flickr.com/photos/losmininos/1454843608/

SUMBA

Das Projekt SUMBA war ein kurzes Vorbereitungsprojekt für ein internationales Projekt zum Thema nachhaltiges Pendeln. BEF Deutschland hat hierbei die Leitung der Antragsstellung übernommen. Anlass für das Projekt ist die Beobachtung, dass die Zahl der Berufspendler zwischen Großstädten und dem Umland in den letzten Jahren stetig zugenommen hat - dies betrifft sowohl den Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr. So pendeln in Hamburg ca. 320.000 Menschen jeden Tagen in die Stadt, überwiegend mit dem Auto, Tendenz steigend. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind deutlich sichtbar, allein in Hamburg verbringt der durchschnittliche PKW-Pendler 78 Stunden im Jahr im Stau. Doch auch die Anwohner stark belasterer Straßen leiden darunter - Lärm und Luftqualität beeinträchtigen die Lebensqualität.

Dass ein Großteil der Pendler den privaten PKW benutzt, ist oft mangelnden Alternativen geschuldet. Fehlende Verknüpfungen zwischen verschiedenen Verkehrsträgern, unattraktive Verbindungen und Tarife sowie ein Mangel an auf einander abgestimmten Angeboten und Dienstleistungen sind hierbei einige der Hindernisse, die das Pendeln mit dem Nahverkehr unattrativ machen. Doch gerade die rasante Entwicklung digitaler Planungswerkzeuge und Dienstleistungen bietet ganz neue Möglichkeiten Pendler aus dem Auto zu locken. WLAN in Bussen und Bahnen ermöglicht beispielsweise eine produktive Nutzung der Pendelzeit. Fahrplan-Apps mit Echtzeitdaten ermöglichen es Bus- und Bahnfahrern optimale Verbindungen zu nutzen. Leihfahrradsysteme und Car-Sharing-Angebote erlauben die Überbrückung der „letzten Meile".

Dennoch müssen noch mehr nutzerfreundliche Angebote sowie bessere Verknüpfungen geschaffen werden und insgesamt muss der Pendelverkehr als Ganzes systematisch betrachtet und in Planungen miteinbezogen werden. Da dieses über administrative Grenzen hinweg nicht immer einfach ist, müssen neue Kooperationsformate gefunden werden und bestehende besser genutzt werden.

SUMBA soll sich dieser Fragestellung widmen. Es ist geplant, dass das Projekt Ende 2017 unter der Leitung des Bezirks Hamburg-Altona die Arbeit aufnimmt.

Geldgeber: EU

Laufzeit: 02/2016 - 03/2017

Kontakt Matthias Grätz

transparenz

Bild: Mary Shattock (www.flickr.com/photos/maryshattock/14811133669)

Über uns

Das Baltic Environmental Forum ist ein 2003 eingetragener, gemeinnütziger Verein und Teil des Baltic Environmental Forum Netzwerks, welches seit 1995 zu zahlreichen Themen des Umwelt- und Naturschutzes in der Ostseeregion und darüber hinaus arbeitet. Wir wollen Bewusstsein für Umweltprobleme schaffen, Umweltmanagement verbessern, sowie Kommunikation und Informationsaustausch initiieren. Gemeinsam mit unseren Partnern auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene erarbeiten wir im Dialog nachhaltige Lösungen.

Steuerbegünstigung

BEF Deutschland e.V. ist vom Finanzamt Hamburg als gemeinnützig anerkannt (ununterbrochen seit Gründung). Der Verein fördert die folgenden gemeinnützigen Zwecke: Wissenschaft und Forschung, Bildung, Umweltschutz.

Der letzte Freistellungsbescheid ist datiert auf den 04. September 2014.
Steuernummer: 17 / 403 / 05707

Namen und Funktion des Vorstands

Heidrun Fammler, Vorstandsvorsitzende
Ina Küller, 1. Stellvertreter
Matthias Grätz, 2. Stellvertreter

Personalstruktur

Im Jahr 2016 beschäftigte der Verein 7 festangestellte Mitarbeiter/innen, davon 3 in Vollzeit, 4 in Teilzeit. Darüber hinaus waren eine studentische Hilfskraft und eine freiberufliche Mitarbeiterin für BEF Deutschland tätig.

Mittelherkunft im Jahr 2016

Die Projektmittel im Jahr 2016 stammen überwiegend von öffentlichen Geldgebern, darunter die EU, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, das Umweltbundesamt oder die GIZ. Zirka 15% der Mittel stammen aus Aufträgen von Dritten. Mitgliedsbeiträge machen weniger als 1% der Einnahmen aus. Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 346.969 EUR.

Mittelverwendung im Jahr 2016

Mittel wurden ausschließlich für die Durchführung von Projekten und den Betrieb des Büros verwendet: Dies sind überwiegend Personalkosten (269.000 EUR), Reisekosten in Projekten, Unteraufträge in Projekten (30.000 EUR). Aufwendungen für Büro und Lohnbuchhaltung belaufen sich auf ca. 25.000 EUR. Abschreibungen belaufen sich im Jahr 2016 auf ca. 1.000 EUR.

Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten

Es besteht keinerlei gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten.

Namen von jur. Personen, deren jährliche Zahlungen mehr als 10 % des Gesamtbudgets ausmachen

Es gibt keine juristischen Personen, deren jährliche Zahlungen mehr als 10 % des Gesamtbudgets ausmachen (auch keine natürlichen Personen).

team

Angestellte Mitarbeiter

Matthias Grätz, Dipl.
Energie- und Klimapolitik, Urbane Mobilität

Heidrun Fammler, M.A.
Internationale Umweltpolitik

Martin Krekeler, Dipl.
Nachhaltige Stadtentwicklung

Tamer Fawzy, Dipl.
Naturschutz, Akzeptanz und Partizipation

Lyudmyla Moor, M.Sc.
Chemikalien & Gesundheit

Parvina Samadova, B.A.
Finanz- und Abrechnungsmanagement

Jutta Hörnschemeyer
Buchhaltung und Projektbuchhaltung

Studentische Hilfskräfte

Solveig Lux | Naturschutz & Biodiversität

Praktikanten

Elionor Ferrer Rubio | Chemikalien & Gesundheit
Julia Sievert | Chemikalien & Gesundheit

Baltic Environmental Forum Deutschland e.V.
Osterstraße 58
DE-20259 Hamburg
www.bef-de.org